

## „Hartz IV“: Der Sozialstaat wird abgewickelt

Der 30. Juni 2004 bedeutet eine Zäsur für die Reste des bundesdeutschen Sozialstaats. Die informelle große Koalition aus SPDGRÜNEFDPCDUCSU ermöglichte mit der Einführung des sogenannten „Hartz-IV-Gesetzes“ unter anderem die „Zusammenführung“ von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie die Einführung des sogenannten Arbeitslosengeldes II (ALG II) ab dem 1. Januar 2005. Es handelt sich dabei um den entscheidenden Schritt zur endgültigen Zerstörung dessen, was bisher vom Sozialstaat in der Bundesrepublik noch übrig geblieben ist.

### Arbeitslose: enteignet und zu Lohn-dumping gezwungen!

Welche einschneidenden Auswirkungen diese Regelungen haben, wird Hunderttausenden von Betroffenen vielleicht erst zu Beginn des kommenden Jahres deutlich. Klar ist jedoch jetzt schon, dass "Hartz IV" weit mehr ist als der bislang praktizierte stückchenweise Abbau sozialer Leistungen. Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung kündigte das Gesetz mit der Schlagzeile an: **"Die größte Kürzung von Sozialleistungen seit 1949"**.



Ab dem 1. Januar verlieren mindestens eine halbe Million derzeitiger BezieherInnen ihre Arbeitslosenhilfe. Die Betroffenen werden dann praktisch das sogenannte Sozialgeld beantragen müssen, um überleben zu können. Damit nicht genug. Über eine Million Menschen muss sich dann mit gekürzten Leistungen abfinden.

Insgesamt werden drei Millionen jetziger Bezieher von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe - wenn sie als arbeitsfähig gelten - das Heer derer bilden, die auf dem untersten Hilfslevel angekommen sind. Diese Schätzungen stammen nicht von einem Sozialverband, sondern von der Bundesagentur für Arbeit.

**„ALG II“ ist im Gegensatz zur bisherigen Arbeitslosenhilfe eine reine Stütze - sprich Fürsorgeleistung.** In Bochum werden an die 10.000 Langzeitarbeitslose von einem Tag auf den anderen zu SozialhilfempfängerInnen. Das bedeutet aber nicht, dass jeder und jede Berechtigte automatisch und in gleicher Höhe ALG II erhält. Stärker als bisher angerechnet werden beispielsweise das Einkommen des Partners oder eigenes Vermögen.

**Nur wer tatsächlich bereits bettelarm ist, hat Anspruch auf diese letzten Brosamen des Staates.** Eher eine Alibifunktion dürfte der andere Teil des Hartz-IV-Gesetzes haben: die "verbesserte" Vermittlung von Arbeitslosen.

ALG II heißt: 4,85 € pro Tag für Essen und Trinken. Ein Cappucino im Cafe und der halbe Tagesbedarf ist weg.

**Sozialhilferegeln gelten dann auch für die Übernahme von Wohnkosten.** Aber nur, „soweit diese angemessen sind.“ In Bochum bedeutet das: die Wohnung darf nicht jünger als Baujahr 69 sein, nicht in guter Wohnlage liegen, keinen Balkon, keine Wärmedämmung und nicht einmal eine Gegensprechanlage haben – sonst ist sie schon zu teuer. Das bedeutet: Umzug in eine billigere Wohnung – wenn es sie denn gibt. Arbeitslosenghettos und sogar vermehrte Obdachlosigkeit sind vorprogrammiert.

**Regierung und Opposition enteignen Arbeitslose,** weigern sich jedoch, die Steuerreform zurückzunehmen, mit der sie den Kapitalgesellschaften seit 2001 zusätzliche Gewinne von 15 - 20 Mrd. € jährlich beschafft haben. Regierung und Opposition weigern sich ebenso, das Vermögen der Reichen auch nur mit 0,5% zu besteuern. Doch statt der versprochenen Arbeitsplätze fielen die Investitionen. Laut IFO-Institut flossen die Milliarden Steuergeschenke ins Ausland.

### **Hartz IV verpflichtet zu Arbeitsdiensten**

Die Bundesregierung setzt für einen Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung das Arbeitsrecht faktisch außer Kraft. Sie unterläuft damit alle bisherigen Mindeststandards. Langzeiterwerbslose und ihre Familien können ab Januar von den Arbeitsagenturen und Kommunen zur Annahme zusätzlicher Arbeiten zu Armutslöhnen – u.a. haushaltsnahe Dienstleistungen zum Mehraufwand von einem Euro pro Stunde - verpflichtet werden. Und zwar egal, welche Qualifikation sie haben, egal, welchen Verdienst sie hatten, egal,

wie viele Jahrzehnte sie vorher in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben.

### **Hauptzweck des Arbeitslosengeldes II: untertarifliche Löhne erzwingen!**

Weigern sich ab Januar 2005 EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II, für Löhne unter Tarif zu arbeiten, wird das ALG II um 30% gekürzt und schließlich gestrichen. Diesem brutalen Angriff auf die Tarifverträge haben nahezu alle Gewerkschaftsfunktionäre zugestimmt, die im Bundestag sitzen.

Die Dachorganisation des Kapitals, der DIHT, hält das ALG II immer noch für zu hoch. Sie wollen eine weitere Senkung um 25-50% - weil die Sozialhilfe immer noch wie ein Mindestlohn wirkt und den Fall der Löhne noch etwas bremst.

**Der Angriff auf Arbeitslose und SozialhilfebezieherInnen richtet sich in Wirklichkeit gegen die Lohnabhängigen.** Nicht allein die Arbeitslosen, sondern die Beschäftigten und ihre angeblich zu hohen Löhne sind nämlich nach Meinung von Arbeitgebern, Regierung und Opposition die eigentlichen Schuldigen an der Krise.

**Die einen wissen kaum noch, wie sie ihr Geld anlegen sollen – und die Arbeitslosen wissen immer weniger, wie sie die Miete und das Essen zahlen sollen.** Darauf ist Eichel auch noch stolz: „vor allem bei der Arbeitslosenhilfe nehmen wir den Leuten richtig Geld weg.“ (Handelsblatt 21.11.2002) Damit die Unternehmen ihrerseits den Noch-Beschäftigten richtig Geld wegnehmen können.

**Wir fordern: \*Reichtum besteuern! \*Weg mit Hartz IV! \*Weg mit Praxisgebühr und Zuzahlungen! \*Rentenkürzungen stoppen! \*Schluss mit Privatisierung! \*Keine Verlängerung der Arbeitszeit!**

AG Soziale Grundrechte: Treffen jeden 1. Montag im Monat, 18 Uhr Bhf Lgdr.

Bochumer Sozialforum: Treffen jeden letzten Montag im Monat, 19 Uhr, Bhf Lgdr.

Infos: [www.bo-alternativ.de](http://www.bo-alternativ.de), [www.labournet.de](http://www.labournet.de), [www.alle-gemeinsam-gegen-sozialschlag.de](http://www.alle-gemeinsam-gegen-sozialschlag.de)